

Grosser, Günter; Weinert, Günter

Article — Digitized Version

## Nachhaltige Schwäche der Weltkonjunktur

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Grosser, Günter; Weinert, Günter (1982) : Nachhaltige Schwäche der Weltkonjunktur, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 62, Iss. 1, pp. 18-21

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135637>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## KONJUNKTURPOLITIK

### Nachhaltige Schwäche der Weltkonjunktur

Günter Großer, Günter Weinert, Hamburg

**Die weltweite Konjunkturabschwächung, die im Frühjahr 1980 im Gefolge der zweiten Ölpreisexplosion eingesetzt hatte, hielt das ganze vergangene Jahr über an. Die Arbeitslosigkeit ist in den Industrieländern in besorgniserregendem Tempo gestiegen, während bei der Bekämpfung der Inflation erst geringe Fortschritte sichtbar wurden. Werden sich die Probleme 1982 noch verschärfen, oder kann eine Wende zum Besseren erwartet werden?**

Das Jahr 1981 wurde im Hinblick auf die Weltkonjunktur ein Jahr der Enttäuschung. Zwar war entgegen vielen Prognosen das zusammengefaßte Bruttosozialprodukt der Industrieländer im gesamten Jahr sogar etwas höher als 1980, aber der erwartete Übergang in eine konjunkturelle Aufwärtsbewegung blieb aus. Vielmehr gerieten die USA zuletzt sogar wieder in eine ausgeprägte Rezession, und in Westeuropa hielten die Stagnationstendenzen an; lediglich in Japan stieg die Produktion weiter, wenngleich die Potentialauslastung auch dort im vergangenen Jahr zurückging.

Die Arbeitslosigkeit hat nach kräftiger Zunahme im Laufe des vergangenen Jahres in einer Reihe von Ländern den höchsten Stand seit über drei Jahrzehnten erklommen. In Belgien und Großbritannien waren zuletzt bereits 10 % bzw. mehr als 11 % der Erwerbsspersonen ohne Beschäftigung, in Frankreich, Italien, Dänemark, den Niederlanden und den USA war der Anteil mit 8 bis 9 % nur wenig niedriger, und in der Bundesrepublik Deutschland bewegte er sich auf die 6 %-Marke zu.

Die Fortdauer von Konjunkturschwäche und Beschäftigungsrückgang in den Industrieländern war überwiegend das Ergebnis einer schwachen Inlandsnachfrage; die Ausfuhr hat insbesondere unter dem Einfluß der kräftig steigenden Nachfrage aus den Ölexportländern weiter zugenommen. Die Schwäche der Inlandsnachfrage war nicht mehr so sehr wie im Vorjahr unmittelbarer Niederschlag ölpreisbedingter Realein-

kommenseinbußen, sondern eine Folge wirtschaftspolitischer Restriktionen. Hierzu trug die Finanzpolitik trotz der zunehmenden Konsolidierungsbemühungen insgesamt kaum bei. Restriktive Wirkungen gingen vor allem von der Geldpolitik aus, die überall um eine Dämpfung des starken Preisauftriebs bemüht war.

Von besonderer Bedeutung für die allgemein restriktive Ausrichtung war der geldpolitische Kurs in den USA. Dort kam es bei der sehr schwachen, noch unterhalb des Zieltrichters gehaltenen Expansion der Geldmenge zu einem deutlichen Anstieg der Zinssätze. Da zugleich die Leistungsbilanz einen beachtlichen Überschuß aufwies und sich bei der Einschätzung der amerikanischen Wirtschaftspolitik eine Zeitlang der sogenannte Reagan-Bonus auswirkte, stiegen die Dollarkurse an den internationalen Devisenmärkten bis zum Spätsommer vergangenen Jahres kräftig an. Die Notenbanken fast aller übrigen Industrieländer hielten daraufhin ebenfalls das Geldangebot knapp und ließen die Zinssätze auf ein Niveau steigen, das allein unter binnenwirtschaftlichen Aspekten häufig als überhöht gelten mußte.

Die außenwirtschaftliche Orientierung der Geldpolitik entsprang dem Bemühen, die Abwertung gegenüber dem Dollar und die damit verbundene Verteuerung der Einfuhr in Grenzen zu halten, um so die bereits mit dem Beginn des Ölpreisschubs im Jahre 1979 eingeleitete Stabilisierungspolitik vor einem Rückschlag zu bewahren. Dabei ging es nicht so sehr um die Verteuerung der Einfuhren aus den USA; sie haben in den westeuropäischen Volkswirtschaften nur einen relativ geringen Anteil an der Gesamteinfuhr. Entscheidend war vielmehr, daß sich mit einer Aufwertung des Dollars auch die Einfuhr von Rohstoffen und nicht zuletzt von Öl verteuert, weil diese weitgehend in amerikanischer Währung fakturiert wird.

---

*Günter Großer, 50, Dipl.-Volkswirt, ist Abteilungsleiter, Dr. Günter Weinert, 39, Forschungsgruppenleiter der Abteilung Weltkonjunktur des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.*

Der Zinsanstieg in den Industrieländern außerhalb der USA konnte indes die Abwertung gegenüber dem Dollar lediglich mildern, nicht aber verhindern, zumal die Dollarstärke eben nicht nur zinsbedingt war. Öl, dessen Weltmarktpreise nach einer erneuten Anhebung zu Beginn des vergangenen Jahres in etwa unverändert blieben, sowie die übrigen Rohwaren, deren Preise auf Dollarbasis 1981 überwiegend sogar merklich sanken, haben sich daher vor allem für die westeuropäischen Länder spürbar verteuert. Dies war der Hauptgrund dafür, daß die für das vergangene Jahr erwartete Verlangsamung des Preisaufriffs in Westeuropa – im Gegensatz zu den USA und Japan – ausblieb. Mit dem Rückgang der Dollarkurse an den internationalen Devisenmärkten im vergangenen Herbst kam es zwar zu einer gewissen „Entlastung“, doch dürften die Kostensteigerungen, die den Unternehmen im Zusammenhang mit der vorangegangenen Dollaraufwertung entstanden waren, erst teilweise überwältigt sein.

Die außenwirtschaftlichen Teuerungsanstöße erschwerten vor allem in Ländern, in denen die Löhne formal oder faktisch an die Preisentwicklung gebunden sind, eine Verlangsamung des Lohnanstiegs. Aber auch in den anderen Ländern blieb er, gemessen an der ungünstigen Produktivitätsentwicklung, allzu kräftig. Der Anstieg von Lohnstückkosten, Einfuhrpreisen und Zinslasten einerseits und die starke Einengung der Überwälzungsmöglichkeiten andererseits schlugen sich in einer weiteren deutlichen Schmälerung der Unternehmensgewinne nieder. Offensichtlich spiegelt die anhaltende Inflation ungelöste Verteilungskonflikte wider, die namentlich Ausdruck dafür sind, daß die Anpassung der internen Verteilungsrelationen nach den Ölpreisschüben von 1979 und 1980 erst wenig vorangekommen ist.

### **Umschwung in den Leistungsbilanzen**

Demgegenüber läßt die Entwicklung der Leistungsbilanzen in den Industrieländern vordergründig auf erhebliche außenwirtschaftliche Anpassungsfortschritte schließen; das zusammengefaßte Defizit hat sich nämlich 1981 mit schätzungsweise 35 Mrd. US-\$ gegenüber dem Vorjahr halbiert. Diese Entwicklung ist indes nur teilweise auf die kräftige Steigerung der Lieferungen nach Erdöllexportländern – und insoweit auf einen Realtransfer – zurückzuführen, zu einem erheblichen Teil aber lediglich auf die konjunkturbedingte Einfuhrdrosselung in den Industrieländern, die auch merklich zum starken Rückgang der Ölbezüge beigetragen hat. Überdies konzentriert sich die Besserungstendenz stark auf wenige Länder, nämlich auf Japan, die Bundesrepublik

Deutschland, die Niederlande und die Schweiz. In einer Reihe anderer Länder waren die Defizite 1981 trotz der Einfuhrschrumpfung kaum schon niedriger als 1980, so etwa in Italien und Frankreich.

Weitaus am stärksten war der „Swing“ in der Leistungsbilanz in Japan; nach einem Defizit von noch fast 11 Mrd. US-\$ 1980 ergab sich im vergangenen Jahr ein Überschuß von etwa 6 Mrd. US-\$. Dieser Umschwung war offenbar Ausdruck eines weit gediehenen Anpassungsprozesses. Anscheinend waren dort bereits nach der ersten Ölpreisexplosion umfassende Prozeß- und Produktinnovationen eingeleitet worden. Hinzu aber kam eine Abwertung des Yen von Ende 1978 bis zum Frühjahr 1980, die trotz der dadurch bedingten Verstärkung des Preisanstiegs keine Beschleunigung des Lohnauftriebs nach sich zog. Dadurch erhöhte sich die internationale Konkurrenzfähigkeit erheblich, und die Gewinnsituation der Unternehmen verbesserte sich. Die Erfolge der internen Anpassungspolitik stärkten überdies die Position des Yen auf den Devisenmärkten bereits im Laufe des Jahres 1980 wieder, so daß sich Japan dem Sog der hohen Zinsen in den USA weitgehend entziehen konnte. Da das Land so 1981 von einer nennenswerten abwertungsbedingten Verschlechterung der Terms of Trade verschont blieb, die Ausfuhr überaus kräftig stieg und die Einfuhr schrumpfte, kam es zu der starken Aktivierung der Leistungsbilanz. Die hohen Überschüsse im Handel mit Westeuropa und den USA häuften allerdings zunehmenden handelspolitischen Konfliktstoff an.

### **Besserung der Rahmenbedingungen**

Wenn die Entwicklung in den Industrieländern auch an dieser Jahreswende, fast zwei Jahre nach dem Beginn des Abschwungs, noch im Zeichen der ausgeprägten Konjunkturschwäche steht, so wird der Unterschied zum zyklischen Muster der fünfziger und sechziger Jahre deutlich, aber auch gegenüber dem Verlauf nach der ersten Ölpreisexplosion Ende 1973. Zwar war diesmal der erste Einbruch von Nachfrage und Produktion weniger ausgeprägt; dies mag unter anderem daran gelegen haben, daß der Schock nicht mehr so groß war und sich der Ölpreisanstieg über einen längeren Zeitraum verteilte. Mit zunehmender Dauer des Abschwungs aber kommen die negativen Folgen für die Entwicklung von Kapazitätsauslastung und Beschäftigung denen von Mitte der siebziger Jahre nahe, und dies bei bereits ungünstigerem Ausgangsstand zu Beginn der Abschwächung. Um so nachdrücklicher stellt sich die Frage, ob bald mit wieder wachstumsfreundlicheren Rahmenbedingungen in den Industrieländern und einer Konjunkturbesserung gerechnet werden kann.

Bei den externen Einflüssen ist bemerkenswert, daß an dieser Jahreswende erstmals seit mehreren Jahren keine Preiserhöhungen für Erdöl in Aussicht stehen; auf der OPEC-Konferenz im Dezember wurden sogar geringe nominale Abschläge beschlossen. So spricht gewärtig vieles dafür, daß die Ölpreise 1982 real, d. h. im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen für Industrieprodukte, merklich sinken werden. Die anhaltende Einsparung von Energie und Substitution von Öl, die Steigerung der Förderung außerhalb des OPEC-Raumes, die Bemühungen vor allem Iraks und Irans um eine Erhöhung der Erdölausfuhr sowie das Interesse des weitaus wichtigsten Ölexporteurs Saudi-Arabien an einer „Atempause“ für die Ölimportländer lassen erwarten, daß das Angebot auf dem Welterdölmarkt vorerst reichlich bleibt. Bei dieser Entwicklung werden sich die Preisrelationen im Außenhandel voraussichtlich wieder zugunsten der Industrieländer verschieben, auch wenn es – wie sich abzeichnet – im Verlauf des Jahres 1982 zu einer mäßigen Verteuerung anderer Rohstoffe als Erdöl kommt. Den positiven Einkommensimpulsen durch die Tendenzumkehr bei den Terms of Trade zugunsten der Industrieländer wird indes eine Verlangsamung des Anstiegs der Ausfuhr nach vielen Erdölexportländern gegenüberstehen, deren Deviseneinnahmen sich bereits im vergangenen Jahr aufgrund des stark rückläufigen Ölabsatzes erheblich verminderten.

Vor diesem außenwirtschaftlichen Hintergrund ist eine Konjunkturbesserung von einer Belebung der internen Nachfrage in den Industrieländern abhängig. Unerläßliche Voraussetzung dafür wäre insbesondere, daß mit der Tendenzumkehr bei Zinsen und Wechselkursen im vergangenen Herbst eine fortschreitende Lockerung der monetären Restriktionen begonnen hätte. Entscheidend wird dabei angesichts der weltweiten Ausstrahlung wiederum die Entwicklung in den USA sein. Die Rückbildung der Dollarkurse ist auf eine Reihe von Gründen zurückzuführen, wie die Ernüchterung über die Erfolgsaussichten der Wirtschaftspolitik Präsident Reagans, die Verschlechterung der amerikanischen Leistungsbilanzperspektiven und den Zinsrückgang infolge einer rezessionsbedingten Verringerung der Kreditnachfrage. Hinzu aber kommt, daß eine Einhaltung der angekündigten Geldmengenziele eine Verstärkung der monetären Expansion bedeuten würde und das Federal Reserve Board dies bei zunehmender Unterauslastung und nachlassenden Inflationserwartungen vermutlich auch zu realisieren trachtet.

Für die übrigen Industrieländer bestehen damit gute Aussichten, daß die externen Einflüsse, die die monetäre Restriktion forcierten, weiter nachlassen. Seit dem letzten Herbst wurde der so entstandene Spielraum vor allem für eine Wiederaufwertung gegenüber dem Dollar genutzt, um der Verteuerung der Einfuhr entgegenzu-

Kennzahlen zur Weltkonjunktur

	Reales Bruttosozialprodukt (Vorjahresvergleich in %)				Verbraucherpreise (Vorjahresvergleich in %)				Wechselkurse <sup>1</sup> (Vorjahresvergleich in %)		Arbeitslosenquoten <sup>2</sup>	
	1971 bis 1979 <sup>1</sup>	1980	1981 <sup>b</sup>	1982 <sup>b</sup>	1971 bis 1979 <sup>1</sup>	1980	1981 <sup>c</sup>	1982 <sup>b</sup>	Dez. 1980	Dez. 1981	1980	1981 <sup>d</sup>
USA	3,2	-0,2	2,0	0,0	7,2	13,5	10,5	8,5	1,6	8,9	7,1	8,9
Kanada	4,4	0,0	3,0	0,0	7,8	10,1	12,5	10,5	-2,2	3,8	7,5	8,2
Japan	5,4	4,2	3,5	4,0	9,1	8,0	5,0	4,0	17,9	1,1	2,0	2,3
Westeuropa <sup>3</sup>	3,1	1,5	-0,5	1,1	9,3	12,1	11,3	10,0	-	-	5,9	8,2
Belgien	3,2	1,9	-0,5	1,0	7,4	6,6	7,6	7,5	-2,7	-2,8	7,9	10,0
BR Deutschland	2,9	1,8	-0,5	1,0	5,1	5,5	5,9	5,0	-4,8	2,4	3,4	5,9
Dänemark	2,9	-0,2	-0,5	1,0	9,6	12,3	11,5	9,5	-5,8	-3,0	6,2	8,2
Finnland	3,3	4,9	1,5	1,0	11,1	11,6	12,0	9,5	2,1	4,4	4,9	5,9
Frankreich	3,9	1,4	0,0	2,5	9,2	13,5	13,5	13,5	-2,8	-6,9	6,4	8,1
Großbritannien	2,2	-2,1	-2,5	1,0	13,2	18,0	12,0	10,0	16,0	-7,1	6,3	10,6
Italien	3,0	4,0	-1,0	-0,5	13,2	21,2	19,5	17,0	-5,4	-10,5	7,6	8,9
Irland	3,9	0,9	1,5	2,0	13,2	18,2	20,0	18,0	-11,0	-0,8	8,3	10,9
Niederlande	3,1	1,0	-1,0	1,0	7,4	6,5	7,0	6,0	-2,2	1,3	4,8	8,1
Norwegen	4,4	3,8	1,0	1,0	8,1	10,9	14,0	11,0	-0,1	5,6	1,2	1,5
Österreich	3,9	3,1	0,0	1,5	6,3	6,4	7,0	6,0	-1,0	2,2	1,7	2,5
Schweden	2,0	1,4	-1,0	1,0	8,7	13,7	12,5	11,0	0,8	-8,2	2,0	3,2
Schweiz	0,8	4,0	1,0	0,0	5,1	4,0	6,4	4,5	-2,5	15,3	0,2	0,2
Spanien	4,1	1,7	1,5	2,0	15,2	15,4	14,5	12,5	-9,9	-5,6	10,0	12,5
OECD-Länder insgesamt <sup>3</sup>	3,5	1,3	1,1	1,1	8,4	11,9	10,1	8,6	-	-	5,6	7,4

<sup>1</sup>Außenwert der Währung; Gewichtung nach Außenhandelsanteilen im Jahre 1979. <sup>2</sup>In % der Erwerbspersonen. <sup>3</sup>Gewichtung nach Bruttosozialprodukt bzw. privatem Verbrauch bzw. Erwerbspersonen 1977; Summe der aufgeführten Länder. <sup>4</sup>Durchschnittliche jährliche Veränderung. <sup>5</sup>Schätzung bzw. Prognose; Länderangaben auf halbe Prozente gerundet. <sup>6</sup>Teilweise geschätzt und auf halbe Prozente gerundet. <sup>7</sup>Letzter verfügbarer Monat; saisonbereinigt.

wirken und den Preisauftrieb zu dämpfen. Verschiedentlich gibt es auch erste Anzeichen für einen Erfolg dieser Bemühungen. Um so eher kann mit einer gewissen Lockerung der geldpolitischen Restriktionen in den Industrieländern und einer Ausbreitung der Zinssenkungstendenzen gerechnet werden.

Die monetäre Entspannung wird die finanzpolitischen Handlungsmöglichkeiten in den Industrieländern nicht erweitern. Im Gegenteil, bei einer wachsenden Zahl von Regierungen hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß erfolgversprechende Bemühungen, den Anstieg der Staatsdefizite nachhaltig zu bremsen, ein unerläßlicher Beitrag zur Eindämmung der Inflationserwartungen und zur Senkung des Zinsniveaus sind. Andererseits wirkt schon die anhaltende Konjunkturschwäche auf eine weitere Zunahme der Defizite hin. Die Regierungen der Industrieländer werden sich also 1982 auf schmalen Grat zwischen der Konsolidierung der Staatsfinanzen als Mittel der Vertrauensbildung und einer Verstärkung der Abschwungkkräfte durch staatliche Nachfragerestriktion bewegen. In dieser Situation ist mit größeren Ankurbelungsprogrammen nicht zu rechnen, und sei es in einigen Ländern auch nur wegen der befürchteten Rückwirkungen auf den Wechselkurs. Selbst in Frankreich dürfte die Finanzpolitik 1982 weit weniger expansiv gestaltet werden als im vergangenen Jahr.

Die Stärke der Zinssenkungstendenzen in den Industrieländern wird insbesondere davon abhängen, wie weit sich die bisher so überaus hartnäckigen Inflationserwartungen verringern. Die Voraussetzungen für Stabilisierungsfortschritte sind nunmehr auch in den westeuropäischen Ländern besser geworden; so hat sich vor allem die Öl- und Rohstoffeinfuhr mit der Abschwächung der Dollarkurse seit dem letzten Herbst sogar wieder verbilligt. Verschiedentlich gibt es auch Anzeichen dafür, daß sich der Lohnanstieg – wohl nicht zuletzt aufgrund der stark verschlechterten Arbeitsmarktlage – verlangsamt. Daher kann damit gerechnet werden, daß die stabilisierungspolitischen Maßnahmen mehr Erfolg haben werden als bisher und der Kosten- und Preisauftrieb in den meisten Volkswirtschaften im Laufe des Jahres 1982 nachläßt. Eine gewisse Erholung der Unternehmenserträge wird dabei dadurch begünstigt, daß gleichzeitig die tendenzielle Verschiebung der Preisrelationen im Außenhandel zugunsten der Industrieländer die internen Verteilungsspielräume wieder etwas erweitert.

#### **Konjunkturverbesserung im Verlauf 1982**

Insgesamt spricht vieles für die Annahme, daß mit der Umkehr der Zins- und Wechselkurstendenzen im vergangenen Spätsommer ein Prozeß der wirtschaftspoliti-

schen Lockerung in den Industrieländern begonnen hat, der sich im Jahre 1982 allmählich fortsetzen dürfte. Eine ganze Zeit lang wird aber die Nachfrage von Konsumenten und Investoren noch von den restriktiven Einflüssen gedämpft werden, die die konjunkturelle Entwicklung bisher bestimmten; zunächst werden daher die Rezession in den USA und die annähernde Stagnation in Westeuropa anhalten. Die zweite Hälfte des Jahres 1982 wird indes wahrscheinlich im Zeichen einer gewissen Konjunkturbesserung stehen, insbesondere weil Investoren auf den Zinsrückgang reagieren und weil Lagerdispositionen den günstigeren Absatzerwartungen angepaßt werden. Gesamtnachfrage und Produktion werden sich allerdings voraussichtlich nur langsam beleben, denn die konjunkturelle Entwicklung wird von schwerwiegenden Anpassungs- und Stabilisierungsproblemen belastet bleiben.

Das zusammengefaßte Bruttosozialprodukt der Industrieländer wird nach dieser Prognose 1982 das dritte Jahr nacheinander – bei allerdings rascherer Expansion im Verlauf – nur um etwa 1 % zunehmen. Die Arbeitslosigkeit wird in den meisten Volkswirtschaften den größten Teil des Jahres hindurch weiter steigen; im Jahresdurchschnitt werden in Westeuropa und Nordamerika schätzungsweise 9 % der Erwerbspersonen arbeitslos sein. Zugleich wird sich der Anstieg der Verbraucherpreise zwar merklich verlangsamen, doch wird die Teuerungsrate für das Jahr 1982 in Westeuropa voraussichtlich noch bei 10 % und für die Industrieländer insgesamt bei 8½ % liegen (vgl. Tabelle). Der Welthandel wird die schleppende Konjunkturentwicklung in den Industrieländern widerspiegeln und 1982 real allenfalls um 3 % höher sein als im Vorjahr.

#### **Anpassungsprobleme**

Auch wenn sich die Aussichten für die Entwicklung der Weltkonjunktur im Jahresverlauf aufhellen, so bleibt doch unsicher, ob Nachfrage und Produktion bereits genügend zunehmen werden, um auch eine Verbesserung von Kapazitätsauslastung und Beschäftigungslage in den Industrieländern in Gang zu bringen. Offensichtlich werden die „normalzyklischen“ Einflüsse von den Schwierigkeiten bei der notwendigen Anpassung der Produktions- und Verteilungsstrukturen überlagert; auch die Hartnäckigkeit des Inflationsproblems ist nicht zuletzt hierin begründet. Die Wirtschaftspolitik der Industrieländer gerät dadurch zunehmend in ein Dilemma. Je mehr sie dem mit der Arbeitslosigkeit wachsenden Druck zu vermeintlich rascher Abhilfe nachgibt, desto eher läuft sie Gefahr, die mittelfristigen Anpassungsprozesse zu stören und damit die Wiederherstellung besserer Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen zu verzögern.